

Statement der Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine (Unabhängige) Sozialberatung (BAG AUSB) zu den angekündigten Haushaltskürzungen 2025

"Vielen Dank für die Blumen..."

Lange hatten wir – und mit uns viele Beschäftigte und Leitungen der Freien Träger – auf die Hiobsbotschaft zum Haushalt 2025 gewartet. Am Abend des 18. November verkündete nun der Berliner Senat in einer Pressekonferenz die Kürzungen für das Jahr 2025. Sicherlich fällt das Groß der Kürzungen auf den Kultur-, Verkehrs- und Umweltetat. Die Feststellung der regierenden Koalition aus SPD und CDU, dass der Sozialetat glimpflich davongekommen sei, können wir jedoch nicht teilen. Ganz im Gegenteil gehen wir davon aus, dass große Herausforderungen auf uns Sozialarbeitende, die Freien Träger und in der Folge auch auf die Sozialverwaltungen zukommen.

Doch der Reihe nach: Positiv hervorzuheben ist, dass das Angebot der Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatungen (AUSB) nicht unmittelbar von den Kürzungen betroffen ist und nach derzeitigen Plänen sogar mit einem geringfügigen Aufwuchs rechnen kann. Wir erkennen dankend an, dass sich hier auch bei den Regierenden an entscheidenden Stellen für uns eingesetzt wurde und werten es als gemeinsamen Erfolg, dass unser Angebot im Jahr 2025 weiterhin für alle Berlinerinnen und Berliner zugänglich sein wird.

Jedoch müssen wir auch feststellen, dass der geplante Aufwuchs für das Jahr 2025 die steigenden Kosten der Freien Träger in puncto Mieten, Energie und Personal nicht vollständig abdecken wird. Besonders schwer wiegt hier die Einkürzung der tarifgebundenen Mittel. Denn dort, wo Freie Träger betriebliche Tarifvereinbarungen haben, müssen diese nun entweder aufgekündigt oder die Personalkosten eingespart, also das Angebot reduziert werden. In diesem Sinne äußern sich auch bereits die Geschäftsführungen vieler der großen Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

So wird es leider auch bei uns in den Allgemeinen Unabhängigen Sozialberatungen (AUSB) trotz des geringfügigen Aufwuchses womöglich zum Abbau von Personal und Leistungen kommen. Seitens der Geschäftsführungen, insbesondere bei kleinen Trägern, wird sich die Frage nach Perspektiven verschärft stellen, sollte sich die strategische Entscheidung der Politik zu Kürzungen im Jahr 2026 fortsetzen.

In einem zweiten Schritt müssen wir leider auch feststellen, dass viele unserer Kooperationspartner noch weniger glimpflich davorkommen. So kommt es zu massiven Einschnitten in der Wohnungslosenhilfe, in der Notfallversorgung für Frauen, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Eingliederungshilfe und der Straffälligenhilfe. Wie ein Hausarzt auf kompetente Fachärzte angewiesen ist, so auch die Allgemeine Sozialberatung auf ihr fachliches Netzwerk und ihre Kooperationen. All diese Kürzungen in Kooperationsprojekten schlagen dann eben auch auf uns als Allgemeine Sozialberatungen zurück, nämlich indem die Komplexität, die Anzahl und die Dringlichkeit der Fälle zunehmen wird.

Ja, "Berlin bleibt sozial" (Fr. Kiziltepe - SPD) - auch im Jahr 2025. Aber im Kontext der allgemeinen Kürzungen muss die vergleichsweise Stabilisierung unseres Angebots sinnbildlich auf einem "Viel Dank für die Blumen..." verharren, denn die Politik hat es denjenigen, denen das zu verdanken ist, nämlich den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Sozialarbeitenden Berlins mit diesem Haushalt 2025 nicht einfach gemacht. Alle Beteiligten stehen nun vor noch größeren Herausforderungen, den sozialen Frieden in unserer Stadt zu bewahren, als es sie ohnehin schon gab.

Wir fordern vor diesem Hintergrund die politischen Verantwortlichen für die Ressorts Soziales, Jugend, Bildung und Kultur dringend auf, den eingeschlagenen Kurs zu überdenken. Wer bei den Freien Trägern spart, spart auch an der Sicherheit in unserer Stadt. Wer bei den Freien Trägern spart, belastet die ohnehin stark ausgelasteten Sozialverwaltungen unserer Stadt weiter. Und wer bei den Freien Trägern spart, hinterlässt zwar kurzfristig einen entschlackten Haushalt, belastet jedoch langfristig durch die Zunahme sozialer Problemlagen zukünftige Haushalte umso mehr.

Die Allgemeinen (Unabhängigen) Sozialberatungen brauchen ebenso wie unsere, nun von Kürzungen betroffenen Kooperationsangebote: Finanzierungssicherheit und Aufnahme in die Regelversorgung unserer Stadt. Dafür werden wir uns auch im Jahr 2025 einsetzen.

**Wir bleiben #unkürzbar und gehen mit unseren Kolleginnen und Kollegen am
05. Dezember 2024 auf die Straße!**

Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine (Unabhängige) Sozialberatung (BAG AUSB)

Berlin, den 29.11.2024